



# **Betrachtungen der Internationalen Politik an den Beispielen Libyen und Syrien**

**Veranstaltung:** 63. Mündener Gespräche der Sozialwissen-  
schaftlichen Gesellschaft, e.V.

**Referent:** Andreas Barke

**Datum:** 23.3.2019 (2. Version: 20.5.2019)

# Gliederung

- I. Einführung in politisch-rechtliche Grundlagen
- II. Theoretische Grundlagen
  1. Neorealismus
  2. Theorie des Demokratischen Friedens
- III. *Responsibility to Protect (RtoP)*/  
Schutzverantwortung
  1. Grundlagen
  2. Kernaspekte des Konzepts
- IV. Entwicklungen in Libyen und Syrien im Vergleich
- V. Synthese
- VI. Fazit

# I. Einführung: Überblick

## Publikationen zu politisch-rechtlichen und völkerrechtlichen Erwägungen (Auswahl):

Ambos (2011), Lehmann; Schütte (2011), Mahadavi (2015), Marauhn; Simon (2013), Merkel (2011a, 2011b), Peters (2013), Orford (2011)

## Zentrale Fragestellungen:

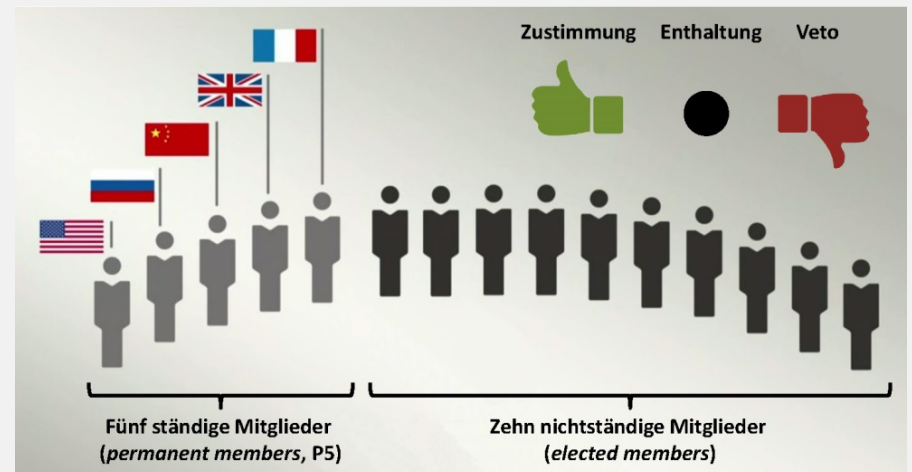
- (1) Was beinhaltet das Konzept der sog. „*Responsibility to Protect*“ (*RtoP*) bzw. Schutzverantwortung?
- (2) Welche politischen Rahmenbedingungen können zur völkerrechtlichen Diskreditierung des *RtoP*-Konzepts beitragen?

## Zentraler Fokus:

- (1) Einführung der Theorien des Neorealismus und des Demokratischen Friedens sowie des *RtoP*-Konzepts
- (2) Vergleich der Entwicklungen in Libyen und Syrien als (reale und hypothetische) Anwendungsbeispiele der beiden Theorien in Verbindung mit dem *RtoP*-Konzept
- (3) Konzentration der Analyseebene auf Staaten als zentrale Akteure (quasi *black boxes*), Schwerpunkt liegt auf dem Untersuchungszeitraum der Jahre 2011 bis 2017

# I. Einführung: Politisch-rechtliche Grundlagen

- Wichtigste internationale Organisation sind die Vereinten Nationen (*United Nations Organization* oder *United Nations, UN*), Gründung im Jahre 1949, derzeit 193 Mitgliedsstaaten
- Wichtigste Aufgaben: Sicherung des Weltfriedens, Einhaltung des Staatenverkehrsrechts bzw. des Völkerrechts, Schutz der Menschenrechte, Förderung der internationalen Zusammenarbeit
- Schaffung eines Systems kollektiver Sicherheit, allgemeines Gewaltverbot als Kern dieses Systems
- Zwischen den *UN*-Mitgliedern gilt das Souveränitätsprinzip (Staatengleichheit, Gegenseitigkeit) und das Nichteinmischungsgebot (Art. 2 *UN*-Charta)
- Beschlüsse zur Gewaltanwendung in *UN*-Charta jedoch nicht ausgeschlossen:
  - generelle Gültigkeit: Selbstverteidigung eines jeden Landes (Artikel 51)
  - *UN*-Sicherheitsrat (*UN Security Council, UNSC*) kann kollektive Maßnahmen ggü. ‚Friedensstörer‘ beschließen: nicht-militärische Sanktionen sowie Gewaltanwendung (Kapitel VII)



Basierend auf Das Erste, Tagesschau (2018)

## II. Theoretische Grundlagen

### 1. Zentrale Annahmen des Neorealismus

- Einführung durch den US-amerikanischen Politikwissenschaftler Kenneth Waltz (\* 1924; † 2013) im Jahre 1979 Waltz (1979)
- Zentrale Akteure sind Staaten, die sich im Umfeld eines anarchischen Staatensystems befinden (*self helping system*)
- Generell funktionale Gleichheit der Akteure: Alle Staaten unterliegen den gleichen Bedingungen ihres Fortbestehens (Sicherheit, Selbstbehauptung durch Angriff oder wirkungsvolle Abwehr) und sind auf ihre Souveränität bedacht
- Staaten haben jedoch ein unterschiedliches Set an (militärischen) Fähigkeiten (*capabilities*) ihr Überleben zu sichern: Gewährleistung absoluter Sicherheit ist unmöglich  
→ relative Maximierung der Fähigkeiten hat Vorrang
- Handlungen werden aus einer rationalen Kosten-/Nutzen-Abwägung geplant und ausgeführt, Macht als Mittel zum Zweck

## II. Theoretische Grundlagen

### 1. Zentrale Annahmen des Neorealismus II

- Schwache Akteure tendieren gezwungenermaßen zur Kooperation mit anderen schwachen Akteuren (*pooling*) oder ggf. auch zur Einordnung in Bündnisse mit stärkeren Akteuren (*bandwaging*)
- Starke Akteure würden sich durch eine Abhängigkeit von Kooperationsgemeinschaften nur in ihrem militärischen Spielraum schwächen
- Starke Staaten erhöhen durch einseitige Aufrüstung (*internal balancing*) und nur durch temporäre Allianzen (*external balancing*) mit vergleichsweise schwachen Akteuren ihre Fähigkeiten und relative Sicherheit
- Herausbildung einer überstaatlichen und wirksam regulierenden Instanz oder lang anhaltende effektive Ordnungshierarchie wird ausgeschlossen → unipolare Systeme sind Übergangserscheinungen, internationales System bewegt sich zwischen Bi- und Multipolarität (Bipolarität des Kalten Kriegs als stabilste Konstellation aufgrund relativ klarer Verhältnisse)

siehe auch Auth (2015): S. 55-73 und Niklas, Schörnig:  
Neorealismus, in: Schiedler; Spindler (Hrsg.) (2010): S. 65-96.

## II. Theoretische Grundlagen

### 2. Zentrale Annahmen der Theorie des Demokratischen Friedens I

- Bedeutende Referenzen sind der US-amerikanische Politikwissenschaftler Bruce Russett (\* 1935) sowie der deutsche Politologe Ernst-Otto Czempiel (\* 1927; † 2017), Forschungsschwerpunkte ab Mitte der 1980er bis Mitte der 1990er Jahre Czempiel (1986)
- Annahme der grundsätzlichen Friedfertigkeit demokratisch verfasster Staaten gegenüber anderen Demokratien, zugleich jedoch grundsätzliche Feindseligkeit gegenüber nichtdemokratischen Systemen (Differenzierung zwischen militanter/pazifistischer Auslegung)
- Institutionelle Gründe: 1. parlamentarische Entscheidungsstrukturen (Überdenken der Kosten-Nutzen-Relation, längere Verhandlungszeit, stärkere Berücksichtigung der öffentl. Meinung), 2. normative Gründe (Erwartungsstabilität, Vertrauen und geteilte (liberale) Werte und Normen, Selbstregierung, Tendenz zur friedlichen Beilegung von Konflikten)
- Demokratien sehen Nicht-Demokratien als weniger legitim und als potentielle Aggressoren an
- Demokratie als Wert mit universellem Vertretungsanspruch von allgemeingültigen Werten, Tendenz zur Interventionspraxis bei umfangreichen Menschenrechtsverletzungen (etwa UN-mandatierte Interventionen)
- Krisen gehen mit speziellen Sicherheitsbedürfnissen einher und stellen die Voraussetzung zum Zusammenschluss von Sicherheitsgemeinschaften (z.B. *North Atlantic Treaty Organization*, *NATO*) dar.

## II. Theoretische Grundlagen

### 2. Zentrale Annahmen der Theorie des Demokratischen Friedens II

- Tendenz zur Verlegung von Entscheidungsprozessen in geschlossene und intransparente Zirkel, Fehlen einer übergeordneten Kontrolle
- Möglicher Zwang zum Konsens für (militärische) Interventionen kann zur Ausweitung der entsprechenden Ziele führen (z.B. Anstreben eines Regimewechsel)
- Sobald ein solcher Konsens besteht, ist es für demokratische Regierungen besonders schwer sich ohne klaren Erfolg zurückzuziehen.
- Außenpolitik ist mit der Innenpolitik bzw. der organisierten Zivilbevölkerung wechselseitig verknüpft (sog. „*two-level-game*“)
- Ausübung von Druck aus der Bevölkerung bzw. einflussreichen privaten Akteuren auf das politische System (Normen bzw. ideelle Gesichtspunkte)
- Empirische Auswertungen stützen die Annahmen der Theorie einer höheren Wahrscheinlichkeit militärische Gewalt anzuwenden sowie eines Kriegseintritts von Nicht-Demokratien im Vergleich zu Demokratien → mögl. Invertierung (berücksichtige jedoch die Komplexität des Demokratiebegriffs)

Russett; et.al. (1995)

siehe auch Hasenclever, Andreas: Liberale Ansätze zum "demokratischen Frieden", in: Schiedler; Spindler (Hrsg.) (2010): S. 223-254 und ergänzend Auth (2015): S. 167-171.



### III. *Responsibility to Protect (RtoP)*/ Schutzverantwortung

#### 1. Grundlagen

- Seit Beendigung des Ost-West-Konflikts zunehmende Anerkennung des Konsenses durch die Internationale Politik, dass es höhere völkerrechtliche Güter gibt als das klassische Nichteinmischungsgebot: Einstufung von Bürgerkriegen, humanitären Krisen und schwerwiegende Verletzungen des humanitären Völkerrechts als Friedensbedrohung gemäß *UN-Charta* möglich
- Konzeptionelle Mängel des Konzepts der humanitären Intervention wurden insb. im Hinblick auf die Ereignisse in Ruanda (1994) und Srebrenica (1995) deutlich Annan (2000)
- Konkrete Ausarbeitung ab 2001 durch die Internationale Kommission zu Intervention und Staatensouveränität (*ICISS*) als Ersatz für das Konzept der Humanitären Intervention, im Jahr 2005 Aufnahme in das Abschlussdokument des UN-Weltgipfels („*World Summit Outcome Document*“, *WSOD*) aufgenommen General Assembly of the United Nations (2005)
- Konzept der *RtoP* ist bislang jedoch weder *UN-Charta* noch in anderen völkerrechtlichen Verträgen niedergelegt, offizielle *UN*-Dokumente mit Bezugnahme auf *RtoP* haben keinen rechtsverbindlichen Charakter
- Fachliteratur spricht u.a. von einem sich entwickelndem Gewohnheitsrecht (oder aufwertend: „*emerging norm*“, „*soft law*“; eher abwertend: „*political catchword*“) Haake (2013): S. 561.
- Anm.: Bis zur Resolution zu LBY im Jahre 2011 wurden Beschlüsse/Missionen auf Grundlage von *RtoP* stets in Abwesenheit einer anerkannten staatlichen Gewalt autorisiert (z.B. Resolutionen im Jahr 2007 zu Burundi/COD und Dafur/SDN)

### **III. *Responsibility to Protect (RtoP)*/ Schutzverantwortung**

#### **1. Grundlagen**

**Ausgangspunkt bildet die Überlegung drei unterschiedliche Rechtsregime/Säulen zu verknüpfen:**

- (1) Souveräne Gleichheit aller Staaten, Verantwortung eines jeden Staates für den Schutz seiner Bevölkerung
- (2) Gewaltanwendung und Nichteinmischung, Bereitschaft der internationalen Staatengemeinschaft andere Staaten bei der Verpflichtung zum Schutz der Zivilbevölkerung zu unterstützen
- (3) Pflicht der Staatengemeinschaft zur Intervention in einen Staat bei massiver Vernachlässigung des Schutzes der jeweiligen Zivilbevölkerung (nach Ausschöpfen aller Bemühungen um eine friedliche Konfliktlösung)

#### **Zweistufiges Grundkonzept:**

- (1) Jeder Einzelstaat hat die Pflicht das Wohlergehen der ihm unterstellten Bürger zu schützen
- (2) Im Falle der Unfähigkeit oder Unwilligkeit der jeweiligen politischen Führung Stufe 1 nachzukommen (etwa festgestellten bei ethnischen Vertreibungen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Völkermord), kann die internationale Staatengemeinschaft unter *UN*-Mandatierung robust eingreifen

Mahdavi (2015): S. 9 f.

### III. *Responsibility to Protect (RtoP)*/ Schutzverantwortung

#### 2. Kernaspekte des Konzepts

##### Untergliederung in drei Komponenten mit entsprechenden Verpflichtungen (gemäß *ICISS*):

- (1) Präventionskomponente zur Vermeidung von schweren Menschenrechtsverletzungen (Aufbau von *good governance*, Bekämpfung tief verwurzelter Konflikte)
- (2) Reaktionskomponente zur Unterbindung von Menschenrechtsverletzungen (z.B. durch Waffenembargos, weitere Sanktionen, militärische Intervention als *ultima ratio*)
- (3) Wiederaufbaukomponente zur Konfliktnachsorge (Versöhnung der Konfliktparteien, Wiederaufbau der Infrastruktur)

##### Sechs zentrale Kriterien als Voraussetzung einer militärischen Intervention (gemäß *ICISS*):

- (1) Autorisierung seitens einer zuständigen Stelle (v.a. *UNSC*) Haake (2013): S. 558-561,  
Peters (2013): S. 22 ff.
- (2) Vorliegen eines geeigneten Beweggrundes und einer humanitären Ausrichtung
- (3) Redlichkeit der Motive/ rechte Absicht: (a) Vorliegen einer komplexen humanitären Notsituation, (b) Beschränkung auf Schutz der Zivilbevölkerung
- (4) Militärische Maßnahmen als letztes Mittel in Reaktion auf einen Konflikt (*ultima ratio*)
- (5) Anforderungen einer Verhältnismäßigkeitsprüfung (bzw. Proportionalität der Mittel)
- (6) Gewährleistung berechtigter Erfolgsaussichten: (a) Nicht-Vorhandensein einer abschreckenden Militärmacht, (b) positive Kosten-Nutzen-Rechnung

## IV. Entwicklungen in Libyen und Syrien im Vergleich (ab 2011 bis 2017)

Länderbeispiele	Libyen (LBY)	Syrien (SYR)
<b>Merkmale</b>		
<b>Zeitraum der Proteste</b>	Proteste ab Januar 2011, ab Mitte Februar gewaltsame Ausschreitungen gegen Sicherheitskräfte	Januar bis Juni/Juli 2011 zunächst überwiegend friedliche Proteste, bereits ab März 2011 gewaltsames Vorgehen des Regimes
<b>Opfer</b>	200 bis 1.000 tote Zivilisten, 130 tote Soldaten bis Ende Februar 2011, insg. ca. 9.400 bis 20.000 Tote, 50.000 Verletzte	ca. 1.000 tote Zivilisten bis Ende Mai 2011, insg. 330.000 bis 475.000 Tote, ca. 7,6 Mill. Binnenflüchtlinge, ca. 5,1 Mill. emigrierte Flüchtlinge
<b>Beginn kämpferischer Auseinandersetzungen</b>	Ab Mitte Februar 2011, Gründung des <i>National Transitional Council</i> , ab Mai 2011 Bürgerkrieg zw. div. Gruppen	Ab Juli 2011, u.a. durch Oppositionskräfte <i>der Free Syrian Army (FSA)</i> , faktischer Stellvertreterkrieg zwischen USA, RUS, IRN, TUR, u.a.
<b>UN -Resolutionen /-entwürfe</b>	<i>UNSCR</i> 1970 (26.2.2011), 1973 (17.3.2011): <i>NATO</i> -Manadat mit Erlaubnis „alle notwendigen Maßnahmen zum Schutze der Zivilbevölkerung“ zu erlassen, <i>NATO</i> -Mission <i>Unified Protector</i> ab 19.3.	<i>UNSCR</i> 2042 (2012), 2043 (2012), 2059 (2012), 2118 (2013), 2139 (2014), 2165 (2014), 2209 (2015), 2254 (2015), 2268 (2016), 2314 (2016), 2319 (2016), 2328 (2016), 2332 (2016)
<b>Friedenskonferenzen vor (mögl.) Intervention</b>	keine internationalen Konferenzen	Dutzende Friedenspläne/-gespräche und -konferenzen
<b>Volkswirtschaftliche Kennzahlen</b>	BIP/Kopf 2010: 12.120 USD, 2011: 4.580 USD, 2017: 7.310 USD	BIP/Kopf 2010: 1.700 USD, neuere Daten nicht verfügbar

## IV. Entwicklungen in Libyen und Syrien im Vergleich (ab 2011 bis 2017)

Länderbeispiele	Libyen (LBY)	Syrien (SYR)
<b><u>RtoP- Kriterien</u></b>		
<b>(1) Autorisierung (<i>right authority</i>)</b>	erfüllt ( <i>UNSCR</i> 1973)	nicht erfüllt (Vetos durch CHN und RUS)
<b>(2) Gerechter Grund (<i>just cause</i>)</b>	tlw. erfüllt (vor Mandatierung)	erfüllt
<b>(3) Rechte Absicht (<i>right intention</i>)</b>	(a) erfüllt (vor Intervention), (b) nicht erfüllt, da <i>mission creep</i> (ex post)	(a) erfüllt (vor Intervention), (b) nicht erfüllt (unter Bezugnahme auf LBY)
<b>(4) Letztes Mittel (<i>last resort</i>)</b>	Kapitel VII-Resolution erfüllt, Ausschöpfen aller Verhandlungsoptionen nicht erfüllt (insb. AU)	2011/2012 nicht erfüllt (vgl. LBY), 2016/2017 jedoch weitgehend erfüllt
<b>(5) Verhältnismäßigkeit der Mittel (<i>proportional means</i>)</b>	unbestimmbar	unbestimmbar
<b>(6) Berechtigte Erfolgsaussichten (<i>reasonable prospects</i>)</b>	(a) erfüllt (da kein abschreckendes Militärpotenzial), (b) tlw. erfüllt (Kosten-Nutzen-Rechnung kurzfristig positiv)	(a) nicht erfüllt (Bündnispartner, Chemiewaffen, Luftabwehr), (b) Kosten-Nutzen-Kalkül unbestimmbar

Peters (2013): Tab. 11 (S. 172-174), Summerfield (2018): S. 32-64.

## V. Synthese

### Theorie des Demokratischen Friedens:

- **NATO-Bündnispartner FRA, GBR** sowie die **USA** begriffen libysches Regime als Autokratie bzw. Diktatur
- Zügige einseitige Unterstützung des Rebellenrats insb. durch FRA und GBR aus humanitären Gründen und Unterstützung demokratischer Kräfte
- Unerwartete Widerstandskraft des libyschen Regimes führte zu einer Intensivierung der militärischen Intervention und der fortgesetzten Verlängerung der Einsatzdauer
- Unter realpolitischen Gesichtspunkten waren jedoch weniger humanitäre Erwägungen innerstaatlicher Interessengruppen in FRA von herausragender Bedeutung, sondern vielmehr privatwirtschaftliche Interessen (Öl- und Rüstungsindustrie), Machtprojektion nach Nordafrika → realistische bzw. militante Lesart siehe hierzu House of Commons Foreign Affairs Committee (2016)
- Enthaltung **DEU** könnte durch eine pazifistische Lesart erklärt werden
- Aus der Perspektive **RUS** und **CHN** müsste eine Invertierung der Theorie vorgenommen werden: Nicht-Demokratien bzw. Autokratien sehen sich gezwungen gegen eine westliche Allianz aus Demokratien (hier FRA, GBR und USA) Stellung zu beziehen und das ebenfalls autokratische SYR zu unterstützen
- Verhinderung möglicher Dominoeffekte nach hypothetischem Regimesturz in SYR (sowohl auf der Ebene der internationalen Politik als auch innergesellschaftlicher Prozesse)

## V. Synthese

### Neorealismus:

- Kosten-Nutzen-Abwägungen der **NATO-Bündnispartner FRA, GBR, ITA** sowie der **USA** unter hervorgehobener Berücksichtigung elementarer Wirtschaftsinteressen (mgl. *relative decline* der USA), insb. **FRA** betreibt Machtprojektion nach Nordwestafrika (vgl. m. Kolonialgeschichte)
- Komparative Kostenvorteile aus kooperativer Nutzung militärischer Mittel (z.B. des Flugzeugträgers *Charles de Gaulle*)
- Jedoch überwiegend kurzfristige Orientierung in Sicherheitsfragen, weniger langfristige Folgenabwägungen (Instabilität der Region, Kontrollverlust über Immigrationszustrom über das Mittelmeer nach Europa bzgl. LBY als Transitland, Ausbreitung von Terrorismus)
- In der Perspektive **RUS** Fokussierung auf Sicherheitsinteressen und Machtprojektion in den Nahen und Mittleren Osten
- Militärische Interessen in SYR (u.a. Mittelmeerhafen Tartus), wirtschaftliche Interessen an Rüstungs-, Infrastruktur- und Energieprojekten (→ *internal/external balancing*)
- Abweichende Haltungen zu LBY und SYR im *UNSC* weniger aufgrund der Erwartung relativer Gewinne als vielmehr aufgrund der Vermeidung von Verlusten
- Sicherheitsdilemma, da Rücktritt der eingeschlagenen Haltung im Fall SYR von Verbündeten (bspw. Weißrussland) aber auch von Rivalen als Signal der Schwäche gedeutet werden könnte

## VI. Fazit: Forschungsagenda (Auswahl)

- Ideengeschichtliche Erwägungen zum Begriff des „gerechten Kriegs“ (*bellum istum*), politisch-rechtliche und historische Einordnung von humanitären Interventionen  
siehe bspw. Hilpold, Peter (2013): Schutzverantwortung und humanitäre Intervention in historischer Perspektive. In: Hilpold (Hrsg.) (2013), Zangl (2004).
- Begriffliche und politisch-rechtliche Grundlagen, u.a. zum Wandel staatlicher Souveränität, Denationalisierung, Internationalisierung, Globalisierung  
Sassen (2007), Willke (2014)
- Betrachtungen zu Kulturuniversalismus und -relativismus insb. in Bezug zu Neokolonialismus, Menschenrechten, etc.  
O’Hagan, Jacinta (2015): The Responsibility to Protect: a Western idea? In: Thakur; Maley (eds.) (2015): S. 291 f., Mallavarapu, Siddharth (2015): Colonialism and the Responsibility to Protect. In: Thakur; Maley (eds.) (2015): S. 319 ff., Walzer, Michael (1977): Just and Unjust Wars. A Moral Argument with Historical Illustrations, Harmondsworth.
- Mittel- bis langfristige Folgewirkungen in den internationalen Beziehungen insb. der westlichen Industriestaaten USA, FRA, GBR sowie DEU im Verhältnis zu CHN, RUS, IND, BRA  
Fung (2018), Kagan (2008), Mahbubani (2018)
- Reformansätze des *RtoP*-Konzepts etwa durch „*responsibility while protecting*“ (*RwP*), Einbringung durch BRA im Jahre 2011  
Tourinho; Stuenkel; Brockmeier (2015)



## VI. Fazit: Zentrale Thesen

- SYR hätte sich aus humanitären Erwägungen auf Grundlage des *RtoP*-Konzepts im Vergleich zu LBY im Jahr 2011 zumindest in gleichem Ausmaß ebenfalls für eine entsprechende Resolution (bzgl. *UNSCR* 1973) und Intervention qualifiziert (nach vorliegendem Informationsstand)
- Jedoch: Machtpolitische Überlagerung der ersten und zweiten Säule durch die dritte Säule (Interventionspflicht bei festgestellten Verstößen gegen die erste Säule) des *RtoP*-Konzepts
- Gemäß der tatsächlichen Interpretation und Anwendung der *ICISS*-Kriterien scheinen die militärischen Kapazitäten und Bündnisverhältnisse maßgeblich in der Bewertung zu sein:
  - etwa die Hälfte der Weltbevölkerung lebt in Ländern, die sich demnach für entsprechende Interventionen disqualifizieren (einsetzbare Atomwaffen als Indikator, siehe Anhang)
  - relativ schwache Staaten könnten sich hierdurch gezwungen sehen entsprechend aufzurüsten bzw. starke Bündnispartner zu suchen (mögl. Konstellationen: SYR und IRN zu TUR, RUS und CHN vs. USA, GBR, FRA, SAU, u.a., weiteres Bsp. PRK)
- Höhere Erklärmacht bei vergleichender Anwendung des Neorealismus (NR) sowie der Theorie des Demokratischen Friedens (DF), NR scheint DF jedoch insgesamt überlegen zu sein
- Erfüllung der humanitären *ICISS*-Kriterien sind demzufolge generell nachrangig, maßgeblich sind macht- und sicherheitspolitische Erwägungen
- Erhebliche Einschränkung des Universalitätsgrundsatzes, hochselektive Auslegung durch die beteiligten Akteure aufgrund von Partikularinteressen → Einschränkungen der Legitimität einer auf dem Prinzip der kollektiven Sicherheit aufgebauten globalen politischen Ordnung

## VI. Fazit: Zitate als weitere Diskussionsgrundlage

*“[P]ower relations most often prevail over abstract norms/ethics in the context of individual states and global politics. [...] The policy of prioritizing stability [prevails] over democracy, and geopolitics over human rights. [...] [Thus] it is often difficult to prevent crimes if there is no consensus over the root causes of conflicts/crimes.”*

Mahdavi (2015): S. 13 ff.

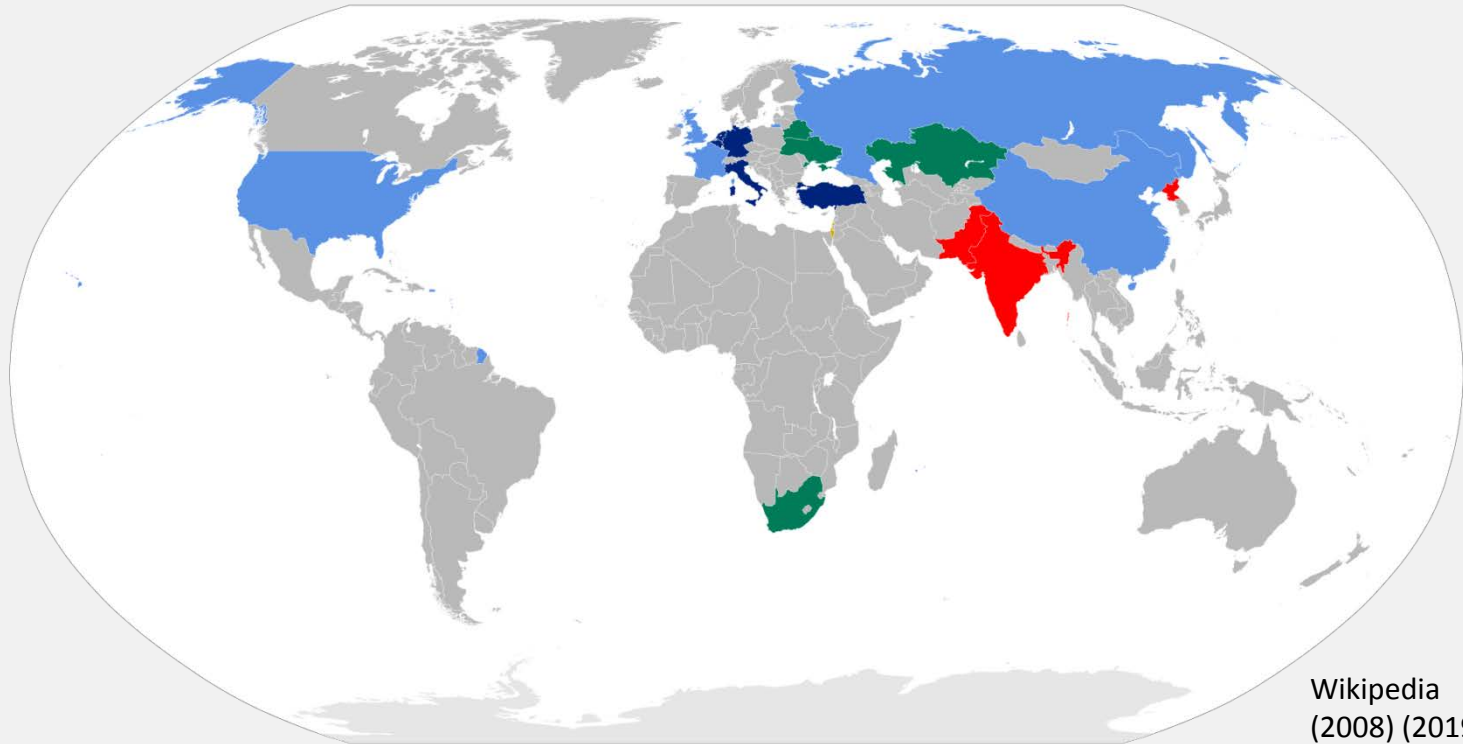
*“What is intriguing here is that sovereignty – or perhaps more accurately the modern sovereign state – is a distinctively Western idea. It is in this respect, rather than in the conceptions of responsibility or protection, that R2P is grounded in Western history, philosophy and political thought. On the one hand sovereignty is a site of contest in debates over how we should prevent and respond to mass atrocity crimes – but it is also the chosen means through which to build consensus on the nature and scope of responsibilities. The debate surrounding R2P is not about whether this concept should be embraced but how it should be interpreted [...] the debate is itself deeply embedded in the cultural politics of the evolving international system. Suspicions remain that R2P can be a vehicle for the projection of Western interests and values on weaker states.”*

O’Hagan, Jacinta (2015): The Responsibility to Protect: a Western idea? In: Thakur; Maley (eds.) (2015): S. 303 f.

**Vielen Dank!**

## VII. Anhang

### Besitz-Status von Nuklearwaffen nach Ländern weltweit (Stand 2018)



Wikipedia  
(2008) (2019)

- Atommächte im Atomwaffensperrvertrag (CHN, FRA, RUS, GBR, USA)
- Atommächte außerhalb des Atomwaffensperrvertrags (IND, PRK, PAK)
- Ungeklärter Status eines Atomwaffenprogramms (ISR)
- Mitgliedsstaaten der nuklearen Teilhabe
- Ehemalige Atommächte

Kumulierte Einwohnerzahl (alle Atommächte einschl. Staaten mit ungeklärtem Status):  
ca. 3571 Millionen Menschen, entspricht ca. 47 % der Weltbevölkerung (Stand 2018)

## VII. Anhang

### Verwendete Länderkürzel (ISO-Code)

BRA	Brasilien
CHN	Volksrepublik China
COD	Demokratische Republik Kongo
DEU	Bundesrepublik Deutschland
FRA	Frankreich
GBR	Vereinigtes Königreich
IND	Indien
IRN	Iran
ISR	Israel
ITA	Italien
LBY	Libyen
PAK	Pakistan
PRK	Nordkorea
SAU	Saudi-Arabien
SDN	Sudan
SYR	Syrien
TUR	Türkei
USA	Vereinigte Staaten von Amerika

# VIII. Quellenverzeichnis

## Literatur und Texte (Auswahl)

### Primärquellen

Charter of the United Nations: UN Charter (full text)

<http://www.un.org/en/sections/un-charter/un-charter-full-text/> [28.10.2017]

Charter of the United Nations and Statue of the International Court of Justice, San Francisco (CA/US).

<https://treaties.un.org/doc/publication/ctc/uncharter.pdf> [28.10.2017]

General Assembly of the United Nations (2005): 60/1. 2005 World Summit Outcome, Sixtieth session Agenda items 46 and 120, 24 October 2005.

<http://www.un.org/womenwatch/ods/A-RES-60-1-E.pdf> [29.10.2017]

### Sekundärquellen

Ambos, Kai (2011): Geben und Nehmen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11.08.2011, Nr. 185. S. 6.

Annan, Kofi (2000): "Freedom from Fear", "We the Peoples – The Role of the United Nations in the 21st Century", Millennium Report of the Secretary General of the United Nations. United Nations Department of Public Information, New York City (NY/US).

[http://www.un.org/en/events/pastevents/pdfs/We\\_The\\_Peoples.pdf](http://www.un.org/en/events/pastevents/pdfs/We_The_Peoples.pdf) [29.10.2017]

Auth, Günther (2015): Theorien der Internationalen Beziehungen kompakt, 2. Auflage. Walter de Gruyter GmbH, Berlin.

Bellamy, Alex J.; Dunne, Tim (eds.) (2016): The Oxford Handbook of the Responsibility to Protect. Oxford University Press, Oxford (UK).

Buchsteiner, Jochen (2016): Gegen britische Interessen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15.09.2016, Nr. 216. S. 5.

Cockburn, Patrick (2011): "Amnesty questions claim that Gaddafi ordered rape as weapon of war". The Independent, 23 June 2011.

<https://www.independent.co.uk/news/world/africa/amnesty-questions-claim-that-gaddafi-ordered-rape-as-weapon-of-war-2302037.html> [31.10.2017]

Czempiel, Ernst-Otto (1986): Friedenstrategien. Systemwandel durch Internationale Organisationen, Demokratisierung und Wirtschaft, 2. Aufl. Schöningh, Paderborn.

Evans, Gareth (2012): Interview with Gareth Evans on 'Responsibility to Protect' after Libya. Interview by Alan Philips for The World Today, Chatham House, October 2012.

<http://www.globalr2p.org/media/files/gareth-evans-on-responsibility-to-protect-after-libya.pdf> [31.10.2017]

## Literatur und Texte (Auswahl)

Fiott, Daniel; Koops, Joachim (2015): The Responsibility to Protect and the Third Pillar. Legitimacy and Operationalization. Palgrave Macmillan, New York (NY/US).

Fung, Courtney J. (2018): Separating Intervention from Regime Change: China's Diplomatic Innovations at the UN Security Council Regarding the Syria Crisis. The China Quarterly, Volume 235, September 2018, pp. 693-712.

Haake, Camilla Sophia (2013): Responsibility to Protect. Eine Einführung in eines der innovativsten Konstrukte des Völkerrechts des 21. Jahrhunderts. In: JURA - Juristische Ausbildung, Volume 35, Issue 6 (Jun 2013).

Hilpold, Peter (Hrsg.) (2013): Die Schutzverantwortung (R2P). Ein Paradigmenwechsel in der Entwicklung des Internationalen Rechts? Martinus Nijhoff Publishers, Leiden (NL).

House of Commons Foreign Affairs Committee (2016): Libya: Examination of intervention and collapse and the UK's future policy options, Third Report of Session 2016-17.

<https://publications.parliament.uk/pa/cm201617/cmselect/cmfaaff/119/119.pdf> [30.10.2017]

Kagan, Robert (2008): The Return of History and the End of Dreams. Alfred A. Knopf, New York (NY/US).

Knight, W. Andy; Egerton, Frazer (2012): The Routledge Handbook of the Responsibility to Protect. Routledge, London (UK), New York (NY/US).

Lehmann, Volker; Schütte, Robert (2011): Die Zukunft der »Responsibility to Protect« nach dem Fall Gaddafis. Friedrich-Ebert-Stiftung (Oktober 2011).

<http://library.fes.de/pdf-files/iez/08553.pdf> [30.10.2017]

Mahbubani, Kishore (2018): Has the West Lost It? A Provocation. Penguin Books, London (UK).

Mahdavi, Mojtaba (2015): Postcolonial Critique of Responsibility to Protect in the Middle East. In: Perceptions, Spring 2015, Volume XX, Number 1, pp. 7-36.

[http://sam.gov.tr/wp-content/uploads/2015/11/02\\_Mahdavi.pdf](http://sam.gov.tr/wp-content/uploads/2015/11/02_Mahdavi.pdf) [18.10.2017]

Marauhn, Thilo; Simon, Sven (2013): Nur an das Assad-Regime dürfen Waffen geliefert werden. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28.06.2013, Nr. 147. S. 7.

Merkel, Reinhard (2011a): Völkerrecht contra Bürgerkrieg. Die Militärintervention gegen Gaddafi ist illegitim. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22.3.2011, S. 31.

## Literatur und Texte (Auswahl)

Merkel, Reinhard (2011b): Die Intervention der NATO in Libyen. Völkerrechtliche und rechtsphilosophische Anmerkungen zu einem weltpolitischen Trauerspiel. In: Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik, 6. Jahrgang, Ausgabe 10/2011, S. 771-783.

[http://www.zis-online.com/dat/artikel/2011\\_10\\_615.pdf](http://www.zis-online.com/dat/artikel/2011_10_615.pdf) [31.10.2017]

Orford, Anne (2011): International Authority and the Responsibility to Protect. Cambridge University Press, Cambridge (UK).

Peters, Daniel (2013): Die Responsibility to Protect als Maßstab im Umgang mit schwersten Menschenrechtsverbrechen. LIT Verlag, Berlin.

Pratt, Lara; Saxon, Zamaris (2015): From Cause to Responsibility: R2P as a Modern Just War. In: The University of Notre Dame Australia Law Review, Vol. 17, Art. 7. pp. 135-172.

<http://researchonline.nd.edu.au/undalr/vol17/iss1/7> [23.10.2017]

Radunski, Michael (2012): Völkerrecht und Humanität. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12.04.2012, Nr. 86. S. 8.

Rieff, David (2011): R2P, R.I.P., in: New York Times vom 07.11.2011.

<http://www.nytimes.com/2011/11/08/opinion/r2p-rip.html> [30.10.2017]

Rinke, Andreas (2011): Eingreifen oder nicht? Warum sich die Bundesregierung in der Libyen-Frage enthielt. In: Internationale Politik 4, Juli/August 2011, S. 44-52.

<https://zeitschrift-ip.dgap.org/de/ip-die-zeitschrift/archiv/jahrgang-2011/juli-august/ingreifen-oder-nicht> [31.10.2017]

Ross, Andreas (2011): Vereint gegen den Westen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 06.07.2011, Nr. 155. S. 8.

Sassen, Saskia (2007): A Sociology of Globalization. W. W. Norton & Company, London (UK).

Schaller, Christian (2008): Gibt es eine „Responsibility to Protect?“ In: Aus Politik und Zeitgeschichte: UN und Menschenrechte. Nr. 46/2008, herausgegeben am: 31.10.2008, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 2010. S. 9-14.

<http://www.bpb.de/apuz/30862/gibt-es-eine-responsibility-to-protect?p=all> [18.10.2017]

Schindler, Siegfried; Spindler, Manuela (Hrsg.) (2010): Theorien der Internationalen Beziehungen. 3. Auflage. Barbara Budrich, Opladen, Farmington Hills.

Schütte, Robert (2011): „Just War or just War?“ Die Lehren der Libyenintervention und ihre Konsequenzen für die Schutzverantwortung. In: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik (2011) 4: S. 715-733.

Security Council of the United Nations (2011): SC/10200, 6498th Meeting (Night) on 17 March 2011.

<https://www.un.org/press/en/2011/sc10200.doc.htm> [30.10.2017]



## Literatur und Texte (Auswahl)

- Silander, David; Wallace, Don (ed.) (2015): International organizations and the implementation of the responsibility to protect the humanitarian crisis in Syria. Routledge, London (UK), New York (NY/US).
- Showers, Adwale B. S. (2012): The African Union and the Responsibility to Protect, February 2012. University of Pretoria, South Africa.  
<https://repository.up.ac.za/bitstream/handle/2263/30027/dissertation.pdf;sequence=1> [15.11.2017]
- Summerfield, Maj J.D. (2018): Mixed Motives and Irregularities: Libya, Syria, and the Responsibility to Protect. Canadian Forces College, JCSP 43 – PCEMI 43, 2016-2017.  
<https://www.cfc.forces.gc.ca/259/290/402/286/summerfield.pdf> [22.3.2019]
- Thakur, Ramesh (2011): Syrians Are Paying the Price of NATO Excesses in Libya, published: March 2 2012.  
<http://www.e-ir.info/2012/03/02/syrians-are-paying-the-price-of-nato-excesses-in-libya/> [01.11.2017]
- Thakur, Ramesh; Maley, William (eds.) (2015): Theorising the Responsibility to Protect. Cambridge University Press, Cambridge (UK).
- Tourinho, Marcos; Stuenkel, Oliver; Brockmeier, Sarah (2015): "Responsibility while Protecting": Reforming R2P Implementation. Global Society, Volume 30, 2016, Issue 1.
- US Department of State (2011): H: France's client and Q's gold. Sid, 2 April 2011, C05779612  
<https://www.foia.state.gov/Search/results.aspx?searchText=C05779612&beginDate=&endDate=&publishedBeginDate=&publishedEndDate=&caseNumber> [30.10.2017]
- Waltz, Kenneth (1979): Theory of International Politics. Addison-Wesley, Reading (MA/US).
- Willke, Helmut (2014): Regieren. Springer Verlag, Wiesbaden.
- Wissenschaftlicher Dienst des Deutschen Bundestags (2017): Der Syrienkrieg – Akteure und Verhandlungen, Az. WD 2 - 3000 - 043/17 vom 01.06.2017.  
<https://www.bundestag.de/blob/515094/6add202f3f24cc5c6295548c897f0d07/wd-2-043-17-pdf-data.pdf> [07.11.2017]
- Woyke, Wichard (Hrsg.) (2011): Handwörterbuch Internationale Politik. 12. Auflage. Barbara Budrich, Opladen, Farmington Hills.
- Zangl, Bernhard (2004): Humanitäre Intervention. In: Ferdowsi, Mir A. (Hrsg.) (2004): Sicherheit und Frieden im 21. Jahrhundert, München. S. 133-140.

### Weitere Internetquellen

- Das Erste (2018): Deutschland erneut im UN-Sicherheitsrat, Tagesschau vom 08.06.2018.  
<https://www.tagesschau.de/multimedia/video/video-411905.html> [20.5.2019]
- Wikipedia (2019): Atommacht. Aktualisiert am 2.4.2019  
<https://de.wikipedia.org/wiki/Atommacht> [11.4.2019]